

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 289

Mittwoch, den 13. Dezember 1922

17. Jahrgang

Eine Reichskanzlerrede im Reichswirtschaftsrat.

Zur Eröffnungssitzung im neuen Heim des Reichswirtschaftsrates waren der Reichspräsident, der Reichskanzler und Minister des Reiches und der Länder erschienen. Der Reichskanzler begrüßte den Reichswirtschaftsrat in seinem neuen Heim. Er ging dann auf die Beziehungen zwischen Regierung und Wirtschaft ein und führte u. a. aus, daß die Regierung die Leistung und Führung innehaben müsse, daß die Wirtschaft aber die Aufgabe habe, darin die Regierung zu unterstützen. Es gäbe kein Zentrum der Wirtschaft, das der Regierung ihre Wege vorschreiben könne. Wir können, so fuhr der Reichskanzler fort, der Unterstützung der Wirtschaft nicht entzogen werden und wollen es auch nicht. Ich appelliere ganz besonders in dem Sinne der verständnisvollen Unterstützung der Regierung an Sie alle.

Sodann ging der Reichskanzler zur Frage der Reparationen

über und führte aus: Ich spreche jetzt nicht über schwebende Verhandlungen, die in London begonnen haben und in Paris fortgesetzt werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß nur eine aktive und positive Mitarbeit an der Lösung unserer Schicksalsfrage uns zur Hilfe gereichen könne. Die Regierung ist der Meinung, daß es falsch wäre, das Schicksal des Volkes und Landes in die Hand anderer zu legen als der berufenen Vertreter des deutschen Volkes und Vaterlandes. Wir haben einen Vorschlag gemacht, der nicht die endgültige Lösung, aber einen Vorboten der endgültigen Lösung darstellt. Er war aufgebaut auf dem Grundgedanken, daß nur die Mitarbeit des ganzen Volkes und besonders der Wirtschaft und von dem Druck einer ungelösten Reparationsfrage entlasten kann und daß die Zusammenfassung der Kräfte des ganzen Volkes und des Vertrauens des Auslandes notwendig ist. Es ist bedauerlich, daß diese Vorschläge nicht wenigstens die Beachtung gefunden haben, daß man den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen durch sie gefunden hätte, ohne die die Lösung überhaupt nicht möglich ist.

Der Reichskanzler schloß mit einem erneuten Appell an die Gemeinshaftlichkeit in der Arbeit zwischen Regierung und Volk und sprach die Hoffnung aus, daß dem deutschen Volke aus der Arbeit des Reichswirtschaftsrates Segen erfließen möge.

Der Präsident Eder v. Braun gab einen Überblick über die Geschäfte des neuen Heims und über die bisherige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates. Zur sachlichen Struktur des Wirtschaftsparlamentes brachte er zwei alte Wünsche erneut zum Ausdruck: Die Heranziehung des Reichswirtschaftsrates im Stadium der sogenannten Referentenentwürfe und die Entsendung von Kommissaren des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in die Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften und ihrer Ausschüsse. Die Ministerien pflegten sich bei Aufstellung der Referentenentwürfe durch Sachverständige beraten zu lassen, und es biete sich das eigentümliche Bild, daß im Stadium der Vorbereitung von den Referenten bestellte Sachverständige, deren Eignung seiner Kontrolle unterliegt, herangezogen werden, während das amtliche Gutachterorgan der Regierung, der Reichswirtschaftsrat, nicht in Anspruch genommen wird. Die Entsendung von Kommissaren des Reichswirtschaftsrates zu den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften sei stets zu fordern, wenn dem Reichswirtschaftsrat Entwürfe zur Begutachtung überzögen seien. Dem Vernehmen nach habe auch das Kabinett eine solche Teilnahme in einer vor längerer Zeit abgehaltenen Sitzung an sich gebilligt. Die Zeit sei zu ernst, um die dringenden Aufgaben der wirtschaftlichen Rettung Deutschlands durch formalistische Bedenken stören zu lassen.

Eder v. Braun schloß mit dem Gelübde: Wir wollen aus diesem Hause verbannen Parteihader und Klaffenkampf, Verhöhnung und Verleumdung und wollen hier nur daran denken, daß wir Deutsche sind, berufen Deutschlands Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten.

Der Ausklang der Londoner Verhandlungen.

Der negative Ausgang der Londoner Besprechungen wird in Paris allgemein als ernster Mißerfolg Poincarés empfunden. Anhänger und Gegner einer französischen Sonderaktion gegen Deutschland sind einig in der Enttäuschung darüber, daß die Regelung der Reparations- und Schuldentragfrage abermals vertagt worden ist. Poincaré, der Sonntag abend dem Vertagungsvorschlag Bonar Law's gumbäufig zustimmte, kehrte am Montag vormittag von Paris aus, vermittelt durch M. L. ...

darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Vertagung der Beratungen hier als Mißerfolg Poincarés aufgefaßt würde.

Poincaré hat darauf Montag nachmittag in letzter Stunde versucht, sich der Vertagung zu widersetzen, aber ohne Erfolg. Man nimmt an, daß es im Ministerrat, der voraussichtlich heute abend nach der Rückkehr Poincarés oder spätestens morgen früh im Elysee zusammentritt, zu lebhaften Auseinandersetzungen kommt und daß die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Londoner Besprechungen in den nächsten Tagen bereits in der Kammer zum Ausdruck kommt.

Frankreich und England bleiben Freunde.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ schreibt: Frankreich werde im Januar seine Pfänder am Rhein nehmen. England werde sie nicht nehmen. Frankreich und England würden trotzdem Freunde und Verbündete bleiben; sie würden zusammen arbeiten in Danksagung und andernorts und auch an der Wiederaufrichtung des Friedens. Es sei nicht notwendig, daß, wenn zwei Nationen brüderlich vereint seien, sie immer auf gleichem Wege vorgingen; es sei nur notwendig, daß sie das gleiche Ziel hätten, und daß sie gegeneinander kein Mißtrauen hegten.

Die Wiederaufbaufrage in Frankreich.

Die Wiederaufbaufrage in Frankreich erhält durch die im Nachstehenden wiedergegebenen Äußerungen eines Franzosen eine eigentümliche Beleuchtung. Der Direktor eines führenden französischen Bankinstitutes erklärte kürzlich gegenüber dem Direktor einer der ersten holländischen Banken auf dessen Befragen, warum der Wiederaufbau in Frankreich so langsam von statten ginge, daß die französischen Geschädigten aus den verwüsteten Gebieten zu einem großen Teil selbst garnicht den Wiederaufbau wünschten. So habe z. B. ein Juwelier aus dem verwüsteten Gebiet sich inzwischen andersono niedergelassen und sei in seiner neuen Heimat ganz zufrieden. Oder eine Bank, die bisher in Reims ansässig gewesen sei, habe sich inzwischen in Orleans niedergelassen und dort teils neue Kundenschaft gewonnen, teils ihre alten Beziehungen von Orleans aus wieder aufgenommen. Bei einer Rückverlegung nach den wiederaufzubauenden Gebieten würden die betreffenden Geschäftsleute gänzlich in Unsicherheit sein, ob sie eine Position wieder erringen könnten, die der jetzt von ihnen erworbenen nur gleich käme. Die Bevölkerungsanzahl in Frankreich ist ja tatsächlich nicht so groß, daß jetzt in den verwüsteten Gebieten wiedererstehende Neufindlungen Gewähr dafür geben würden, daß ein solcher Betrieb wie vor dem Kriege dabeilist wieder zu erhoffen wäre. Wenn in der Welt von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus in Frankreich gesprochen wird, so wird meist vergessen, daß Frankreich in seinem reichen Lande noch für sehr viele Menschen Platz hat und daß aus dem durch die Verwüstungen entstandenen Zusammenrücken der Bevölkerung nach anderen weiter westlich gelegenen Plätzen, in diesen Orten ein höherer Geschäftsbetrieb entstanden ist, als er früher vorhanden war, wo die Bevölkerung auf eine Anzahl Städte und Dörfer verteilt war. Der oben erwähnte französische Finanzmann (sobald bei dem Gespräch in Holland auch haben durchblicken lassen, daß langes Verweilen der verwüsteten Gebiete der französischen Regierung insofern ganz erwünscht sei, als man dadurch dauernd den Besuchern aus aller Welt die Verwüstungen vorführen könnte, die nach französischen Anschauungen nicht so sehr durch die Erfordernisse der Kriegführung eingetreten, als vielmehr durch deutsche Barbarei verschuldet sind.

Freigabe beschlagnahmter Depots in Amerika.

Die Washingtoner Regierung hat beschlossen, auf die Erledigung des Gesetzentwurfes durch den Kongreß noch in den laufenden Tagung zu bringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30 000 Depots im Betrage von 1000 bis 10 000 Dollars freizugeben, die der Verwalter des beschlagnahmten fremden Eigentums in Verwahrung hat. Nach amtlicher Schätzung betragen die kleinen Depots 98 vom Hundert der Gesamtheit der Depots. Der Verwalter ist der Ansicht, daß durch die Zurückbehaltung von 7 vom Hundert der Gesamtheit die berechtigten amerikanischen Gegenforderungen an Deutschland reichlich gedeckt würden, und daß die amerikanische Regierung durch die Freigabe der kleinen Summen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands unterstützen könne. Von den 500 Millionen Dollars der amerikanischen Forderungen entfallen 100 Millionen auf die Schadenersatzansprüche wegen der Verletzung der Luftlinie. Einige amtliche Personen sind der Meinung, daß diese Ansprüche durch eine Nachprüfung wesentlich herabgesetzt werden könnten. Der Senat hat die Vorlage genehmigt, durch welche die Frist für die Einreichung von Anträgen auf Rückerstattung fremden Eigentums bis zum 2. Januar verlängert wird.

Blutige Kämpfe in Warschau.

Warschau war am Montag Zeuge blutiger Kämpfe, die wiederum nur den Anfang weiterer immer heftiger werdender Kämpfe bilden. Mittags sollte in feierlicher Versammlung die Wiedereröffnung des neuen Staatsspräsidenten

Marutovich erfolgen, aber schon am frühesten Morgen wurde das Sejmgebäude von Tausenden von Nationalisten umstellt, die sich allmählich so sehr anhäuferten, daß sie schließlich die Vertagungen der Einlad begehrenden Abgeordneten kontrollierten. Dabei wurde ein jüdischer Senator, ein jüdischer Sejmabgeordneter und ein jüdischer Journalist tödlich zugerichtet, ehe sie mit blutüberströmten Gefährten ins Sejmgebäude gelangten. Noch weit schlimmer erging es einigen sozialistischen Führern. Dasaharst und Dimanowski wurden auf dem Wege zum Sejm von der Menge festgenommen und nach dem Hauptquartier der nationalistischen Kämpfer auf dem Kreuz-Platz gebracht, wo sie bis nachmittags bleiben mußten, bis Polizei und Arbeiter unter Gebrauch der Schußwaffe sie befreiten. Zwei andere wurden wunden geschlagen. Inzwischen hat der Staatspräsident seine feierliche Fahrt zum Parlament angetreten, und zwar nicht durch die Stadt, sondern vom entlegenen Bagienki-Park aus.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Dezember. Auf Anfrage wird von der Regierung bestätigt, daß die französische Besetzung in Neustadt a. d. Haardt 280 000 Quadratmeter wertvollsten Kulturlandes zur Anlage eines Garnisonplatzes und weitere 100 000 Quadratmeter zur Errichtung eines Exerzierplatzes beschlagnahmt hat. Das Borgebiet der Besetzung in Neustadt steht in unüberwindlichem Widerspruch zu den Ausführungen des französischen Vertreters bei den Verhandlungen in Versailles. Die Stadt Neustadt mit kaum 20 000 Einwohnern ist mit 2200 Mann Besetzung und 250 Pferden belegt. Dazu kommt, daß auch für die verheirateten Mannschaften Wohnungen bereitgestellt werden mußten. Die Verhandlungen auf Verminderung oder Beseitigung der Besetzung blieben vollständig ergebnislos. Die Gesamtausgaben für Neuanlagen in Neustadt belaufen sich auf mindestens 2 Milliarden Mark. (Stufe: Unerhört!) In der Pfalz sind jetzt 25 französische Garnisonen mit 23 000 Mann Besetzung.

Angenommen wird ein Nachtragset, wodurch der Finanzminister ermächtigt wird, für die notwendigen Aufkäufe von Auslands- und Inlandsgetreide Reichsschatkanweisungen bis zur Höhe von weiteren 800 Millionen Mark auszufertigen. Dieser Kredit ist aus den Erträgen beim Verkauf des Getreides abzudecken.

Dann wird die Geschäftsordnung des Reichstags in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die neue Geschäftsordnung tritt am 1. Januar in Kraft.

Der Marine-Nachtragset wird unverändert angenommen.

Beim Nachtragset des Reichsministeriums des Innern weist Abg. Schreiber (Zentr.) auf die große Not der deutschen Wissenschaft hin. — Abg. Frau Behm (D.-N.) schildert die sittlichen und gesundheitlichen Misse des besetzten Gebietes.

Sächsischer Landtag.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten End.

In der gestrigen Sitzung des Landtages gab der wiedergewählte Ministerpräsident End eine Regierungserklärung ab, in der er sagte, daß er seine früheren Ministerkollegen mit der Fortführung ihrer Aemter betraut und zu seinem Stellvertreter den Minister Spindler bestellt habe. Auch die rapide steigende Geldentwertung seien die Staatsmittel außerordentlich in Anspruch genommen. Insbesondere erforderte der weitere Ausbau der Staatsbetriebe ganz gewaltige Summen. Dem Landtag werde alsbald eine Vorlage zugehen, in der die erforderlichen Mittel nachgesucht werden. Langwierige Verhandlungen schwebten mit dem Reich über die anderweitige Verteilung der Reichssteuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, bei denen von den Ländern und Gemeinden mit Nachdruck darauf hingewiesen worden sei, daß sie ohne weitgehendes Entgegenkommen des Reiches ihre Ausgaben nicht zu erfüllen vermöchten. Der Wohnungsnot in Sachsen sei trotz der seit 1919 erfolgten Schaffung von 15 380 Wohnungen nicht behoben.

Die vom Landtag bewilligte 500-Millionen-Mark-Anleihe für den Wohnungsbau sei nicht ausreichend, um die geplanten 1400 Wohnungen herzustellen. Zurzeit schweben Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen Beschaffung weiterer Mittel für den Wohnungsbau. Ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Wohnungen durch gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmungen ist in Vorbereitung. Die sozialen Baubetriebe sollen weiter gefördert werden. Der sächsische Staat wird bemüht sein, die landwirtschaftliche Produktion mehr und mehr in eigene Regie zu nehmen. 19 Staatsgüter werden jetzt schon von ihm nach erfolgter Umstellung mit vorwiegend gutem Erfolg selbst bewirtschaftet. Zur Regelung der Stallernahrung wird die sächsische Staatsregierung nicht, bevor, zurückzuführen, vom Reich die notwendigen Eingriffe in die feste Wirtschaft zu verlangen. Das Erwerbslosenproblem werde durch die besonders reichhaltigen Erwerbslosenver-

ung.
der Bezirksver-
ung der Kreis-
aufschüsse und
hier abgelafer-
an die Land-
rgenberg.
rgenberg-Wide-
Johannsgeorg-
ndrum, Grei-
berg, Lauter,
sgrün, Stein-
Stittgatal und
nd Amgegend.
erschlema, Ste-
lesbach, Einde-
mlg
brof, Orna,
nd Streitwald.
ibenhof.
orte: Eibenrod,
n, Schönheide,
Bilbenthal und
orlau.
orte: Albernau,
Schübel, Reib-
- und Hegen-
denossenschaft
rgenberg ein-
bezugsbereich-
Bezirksverband
gungen ist bel
t. Die Presse
Schwarzenberg.
schenk!
INST-
GES
Zwickau, Sa.
g
1/3 Uhr
nz
Neuheit I
n 4 Aktien.
er.
of Aue
2-4 Uhr
Fleisch.
loner
ieur,
s-Organisation
esucht.
tätigkeit und
mit Schicksal
die Geschäfts-
und
der
balbigen
esucht.
Drahtwaren-
(Rheinland).